

[SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/3 /1368, Bl. 66-69  
Abschrift]  
Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 7 vom 24. 1. 1968

Betr.: Maßnahmen für die weitere politische Arbeit nach Westberlin

I.

Zur Unterstützung der sozialistischen und demokratischen Kräfte werden folgende Vorhaben durchgeführt:

1. Unterstützung eines Vortragszyklus im 1. Halbjahr 1968 zu folgenden Themen:
  - Der aktuelle Marx und seine unaktuellen Kritiker.  
Januar 1968  
Referent: Genosse Prof. Dr. Otto Reinhold
  - Die Widersprüche im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus.  
März 1968  
Referent: Genosse Prof. Dr. Lutz Maier
  - Der aggressive Charakter des westdeutschen Imperialismus; die Konzeption von Strauß „Entwurf für Europa“.  
April 1968  
Referent: Genosse Prof. Dr. Alfred Lemnitz
  - Spontaneität – Bewußtheit und Rolle der marxistisch-leninistischen Partei.  
Mai 1968  
Referent wird noch festgelegt.

Verantwortlich: Westabteilung des ZK

2. Ausarbeitung für die Herausgabe einer populär gehaltenen marxistisch-leninistischen Schriftenreihe in Westberlin zunächst zu folgenden Themen:
  - Das Kommunistische Manifest – Einführung in das Studium des Marxismus-Leninismus
  - Lenin „Staat und Revolution“, Einführung in die marxistisch-leninistische Lehre zu Fragen des Staates und der Macht.
  - Lenin „Zwei Taktiken...“ und der Kampf für grundlegende demokratische Veränderungen

Verantwortlich: Westabteilung des ZK

3. Nach Abstimmung mit den befreundeten Kräften werden Möglichkeiten genutzt zur Verbreitung marxistisch-leninistischer Grundkenntnisse und der Wahrheit über die DDR sowie zur Auseinandersetzung mit dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch Vorträge in Zentren der demokratischen Opposition, wie z.B. dem „Republikanischen Club“ und der „Kritischen Universität“.

Verantwortlich: Westabteilung des ZK

4. Kulturelle Veranstaltungen in Westberlin können nur dann vereinbart bzw. durchgeführt werden, wenn sie der Förderung der sozialistischen und demokratischen Kräfte dienen und in keiner Weise gegen die Stellung Westberlins als selbständige politische Einheit verstoßen.
5. Kulturelle Veranstaltungen sowie das öffentliche Auftreten von Wissenschaftlern und anderen Persönlichkeiten bedürfen in jedem Fall der Abstimmung mit der jeweils zuständigen Abteilung und mit der Westabteilung des Zentralkomitees. Sie bedürfen der Zustimmung eines Sekretärs des Zentralkomitees.

Verantwortlich: Westabteilung,  
Abt. Wissenschaften und  
Abt. Kultur des ZK

II.

1. Den befreundeten Kräften in Westberlin wird 1968 erneut die Möglichkeit gegeben, in Zusammenarbeit mit dem FDGB Informations- und Studienfahrten zur Leipziger Messe durchzuführen sowie 20 Studiengruppen,

bestehend aus Arbeitern, Gewerkschaftern und Jugendlichen, zu den Schwerpunkten des sozialistischen Aufbaus und zu den nationalen Mahn- und Gedenkstätten in der DDR zu entsenden.

Verantwortlich: Bundesvorstand des FDGB

2. Studiendelegationen anderer demokratischer Organisationen Westberlins in die DDR können von Fall zu Fall durchgeführt werden, wenn sie der Entwicklung der demokratischen Kräfte in Westberlin dienen. Ihre Durchführung bedarf der Abstimmung mit der Westabteilung des ZK.
3. Im Zusammenhang mit der XXVII. Deutschen Arbeiterkonferenz werden vom Bundesvorstand des FDGB Vorschläge ausgearbeitet, damit bei den künftigen Deutschen Arbeiterkonferenzen stärker die Stellung Westberlins als selbständige politische Einheit hervorgehoben wird.

Verantwortlich: Bundesvorstand des FDGB

### III.

1. Die Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes in Westberlin und die Beziehungen zu Westberliner Gewerkschaften werden künftig – soweit es Fragen der Gewerkschaften des DGB betrifft – vom Bundesvorstand des FDGB und nicht mehr vom Bezirksvorstand Berlin des FDGB behandelt. Dem Bundesvorstand des FDGB wird empfohlen, in der Westabteilung des FDGB-Bundesvorstandes einen Sektor für die Arbeit nach Westberlin zu bilden.
2. Der FDGB-Bezirksvorstand Berlin ist weiterhin für die Arbeit mit den in Westberlin arbeitenden bzw. ansässigen Mitgliedern des FDGB verantwortlich.
3. Der Bundesvorstand des FDGB kann in Durchführung der Arbeit nach Westberlin sowie mit Organisationen und Mitgliedern des DGB in Westberlin solche organisatorischen Aufgaben wie Materialversand, Betreuung von Studiendelegationen, dem Bezirksvorstand Berlin des FDGB übertragen. Dabei müssen die Genossen des Bezirksvorstandes als Beauftragte des Bundesvorstandes bzw. der Zentralvorstände der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auftreten.
4. Der Bezirksvorstand des FDGB Berlin hat in der Westarbeit außerdem folgende Aufgaben zu lösen:
  - a) Arbeit mit westdeutschen Besuchern (Arbeiter und Gewerkschafter) im Rahmen der Nationalen Front.
  - b) Auf Schwerpunktbetriebe gerichtete Unterstützung der Westarbeit der FDGB-Bezirksvorstände Gera und Suhl nach Bayern.

Verantwortlich: Bundesvorstand des FDGB